



Mitgliederzeitung Juni 2018

Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Datum: 12. Juni 2018

Thema:

Beschäftigung und Umweltschutz

Referent: Heinz Plezia

Umweltpolitiker der SPD

Bezirksfraktion Wandsbek

**Ort: BSV-Treff, Ellernreihe 88
22179 Hamburg**

Uhrzeit: 19:30 Uhr

Termine:

Sommergrillen im Distrikt

Datum: 30. Juni 2018

Uhrzeit: 17:00 Uhr

Ort: BSV-Treff

Anmeldung bitte nicht vergessen

28. Bramfelder Stadtteilstfest

Datum: 03. Juni. 2018

Uhrzeit: 10:00 – 16:00 Uhr

Ort: Marktplatz Herthastraße



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, seit mehr als 20 Jahren diskutieren wir über das Verhältnis von Maßnahmen zum Umweltschutz, den wirtschaftlichen Folgen und den damit zusammenhängenden Arbeitsplatzeffekten. Der sozialliberalen Koalition gelang es mit dem ersten Umweltschutzprogramm 1971, trotz des Widerstandes einflussreicher Interessengruppen aus der Industrie, den Umweltschutz als eigenes Politikfeld zu etablieren. Allerdings trat die Umweltpolitik und damit der Umweltschutz mit der Konjunkturkrise Mitte der 70er Jahre wieder in den politischen Hintergrund. Im Zusammenhang mit der ersten Ölpreiskrise und den damit eintretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten erklärten große Teile der Industrie die umweltpolitischen Maßnahmen zum entscheidenden Wachstumshemmnis. Im Rahmen einer konzertierten Aktion beschlossen daher Regierung, Unternehmensverbände und Gewerkschaften auf im Jahre 1975, daß die Umweltpolitik zwar fortgeführt, dabei aber verstärkt Rücksicht auf die wirtschaftlichen Problemlagen genommen werden sollte. Dies bedeutete letztlich, dass umweltpolitische Vorhaben auf die lange Bank geschoben wurden, Umweltschutz wurde zum ersten Mal als Jobkiller interpretiert. Die Folge war die Gründung einer Öko-Partei, Die Grünen. In der jüngsten Vergangenheit stellen einige wenige Sozialdemokraten ein Spannungsverhältnis von Wirtschaftspolitik zur Umwelt- und Klimapolitik her. Sigmar Gabriel sagte öffentlich: „Umwelt- und Klimaschutz waren uns manchmal wichtiger als der Erhalt unserer Industriearbeitsplätze. Bei uns gibt es oftmals zu viel Grünes und Liberales und zu wenig Rotes.“ Liebe Genossinnen und Genossen, laßt uns gemeinsam darüber diskutieren. Diskutieren über: Welche Rolle kommt der Umweltpolitik zu? Was kann für die Zukunft erwartet werden? Ist aktive Umwelt- und Klimapolitik ein Jobkiller? Oder ist Umwelt- und Klimapolitik ein Jobmotor für Deutschland?

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst

Mit den ersten Bäumen, die gefällt werden, beginnt die Kultur.

Mit den letzten Bäumen, die gefällt werden, endet sie.

Gustave Flaubert

(Franz. Dichter, 1821 – 1880)



Heinz Plezia

Impressum (V.i.S.d.P):

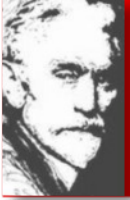
**SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg**

**Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de**

**E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de**

SPD





Thema des Monats: Beschäftigung und Umweltschutz

Quelle: Umweltbundesamt

Beschäftigung und Umweltschutz

Im Jahr 2012 waren in Deutschland erstmals mehr als zwei Mio. Personen im Umweltschutz tätig. Mit einem Anteil von 5,2 % an allen Erwerbstätigen ist der Umweltschutz damit ein wichtiger Faktor für den gesamten Arbeitsmarkt. Deutlich zugenommen hat die Beschäftigung im Bereich der umwelt-schutzorientierten Dienstleistungen. Hier wird nun eine Beschäftigung in Höhe von 1,38 Mio. Personen geschätzt.

Ergebnisse und Entwicklung im Zeitablauf

Insgesamt waren im Jahr 2012 in Deutschland 2,2 Millionen (Mio.) Personen für den Umweltschutz tätig. Das sind 245.000 Personen (12,5 %) mehr als im Jahr 2010. Mit einem Anteil von 5,2 % an allen Erwerbstätigen ist der Umweltschutz damit ein wichtiger, in seiner Bedeutung stabiler Faktor für den gesamten Arbeitsmarkt (siehe Abb. „Anzahl der Beschäftigten im Umweltschutz“). Etliche Bereiche – wie zum Beispiel Ökotourismus, umweltorientierte Versicherungswirtschaft und produktintegrierter Umweltschutz – sind wegen mangelnder Daten nach wie vor nicht oder nur unzureichend erfasst. Die für 2012 geschätzte Zahl von 2,2 Mio. Beschäftigten ist daher als Untergrenze zu sehen. Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung sind klassische Bereiche, in denen Arbeitsplätze entstehen, wenn Unternehmen, Bund, Länder oder Kommunen in Umweltschutz investieren. Die Produktion der Güter, die für den Betrieb und die Wartung der Umweltschutzanlagen erforderlich sind, schafft ebenfalls Arbeitsplätze. Investitionen und Sachausgaben für den klassischen Umweltschutz schufen 2012 Arbeitsplätze für insgesamt 258.000 Beschäftigte, Investitionen für Wärmedämmung in Gebäuden weitere

69.000. Deutlich erhöhte sich die Beschäftigung im Bereich der umweltorientierten Dienstleistungen. Sie stieg um 210.000 auf 1,38 Mio. Personen im Jahr 2012. Das ist ein Anteil von rund 63 % an der gesamten erfassten Umweltschutzbeschäftigung. Dem Export von Umweltschutzgütern lassen sich 97.000 Arbeitsplätze zurechnen. Für den Bereich der erneuerbaren Energien liegen die derzeit aktuellsten Schätzungen für das Jahr 2014 vor. In diesem Jahr waren in Deutschland rund 350.000 Personen aufgrund der Nutzung erneuerbarer Energien beschäftigt (siehe Abb. „Erwerbstätige im Umweltschutz 2012“).

SPD

REICH GENUG FÜR KLIMASCHUTZ. ZU ARM, UM DARAUF ZU VERZICHTEN.

#SaubereUmwelt

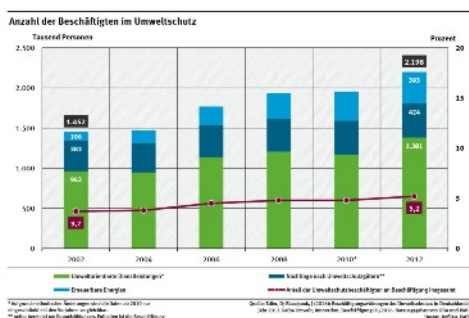
Quelle: SPD.de

Beschäftigung durch den Export von Umweltschutzgütern

Die Exporte von Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz sichern im Inland zunehmend Arbeitsplätze. Deutschland nimmt auf dem internationalen Markt für Umweltschutzgüter seit Jahren eine Spitzenposition ein und profitiert davon, dass dieser Markt dynamisch wächst. Im Jahr 2012 waren bereits 97.000 Personen durch den Export von Umweltschutzgütern beschäftigt, im Jahr 2010 waren es noch 78.000 Personen. Rechnet man die Arbeitsplätze durch den Export von Anlagen und Komponenten zur Nutzung erneuerbarer Energien hinzu, belief sich die Beschäftigung durch den Export von Umwelt- und Klimaschutzgütern auf insgesamt 191.000 Personen im Jahr 2012.

Dienstleistungen dominieren die Umweltschutzbeschäftigung

Das Gros aller Arbeitsplätze im Umweltschutz (63 %) entfiel im Jahr 2012 auf umweltorientierte Dienstleistungen. Das spiegelt die hohe Bedeutung der Dienstleistungen für die Umweltwirtschaft wider. Insgesamt gab es fast 1,4 Millionen Beschäftigte, die umweltorientierte Dienstleistungen erbrachten: zum Beispiel in Planungsbüros, bei Umweltschutzbehörden, im Handel mit Ökoprodukten und in der Umweltbildung. Die umweltorientierten Dienstleister verteilen sich aber auf alle Wirtschaftszweige, also auch auf solche, die laut amtlicher Statistik eigentlich dem produzierenden Gewerbe oder der Land- und Forstwirtschaft zuzu-



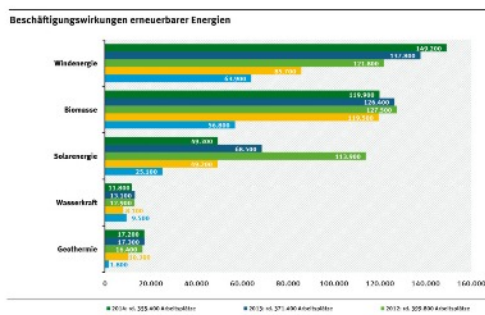
rechnen sind (siehe Tab. „Erwerbstätige in umweltorientierten Dienstleistungen 2012“).

Wirtschaftsbereich	Personen
Unternehmensdienstleistungen	208.080
Handel, Kfz-Handwerk	225.490
Entsorgung	202.400
Haarpraxis	111.860
Öffentliche Verwaltung	89.190
Bergbau und verw.-bezt. Gewerbe	86.300
Energie und Wasserversorgung	85.790
Verkehr	83.290
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	73.400
Weitere öffentliche und sonstige Dienstleister	66.480
Erziehung und Kunststoffe	22.490
Gastgewerbe	14.100
Information, Kommunikation	13.390
Finanz- und Versicherungsdienstleister	11.890
Grundstücke und Wohnungswesen	9.990
Insgesamt	1.361.400

Quelle: Helix, D., Muscarek, J. (2014): Beschäftigungsprognosen des Umweltschutzes in Deutschland im Jahr 2020. In: Umweltökonomik. Funktionen und Grenzen. B. Helwig, A. Kretschmer (Hrsg.), Düsseldorf: Bertelsmann, 113-124.

Quelle: Umweltbundesamt

Zwischen 2010 und 2012 hat die Anzahl der Beschäftigten, die umweltorientierte Dienstleistungen erbringen, um 18 % oder 210.000 Personen zugenommen. Gestiegen ist – gemessen auf einer methodisch vergleichbaren Basis – die Beschäftigung beispielsweise im ökologischen Landbau, im Bereich der Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Quellen oder in der Ernährungswirtschaft. Stark rückläufige Entwicklung in der Solarwirtschaft. Für den Bereich der erneuerbaren Energien liegen die derzeit aktuellsten Schätzungen für das Jahr 2014 vor. In diesem Jahr waren in Deutschland rund 350.000 Personen aufgrund der Nutzung erneuerbarer Energien beschäftigt. Langfristig betrachtet hat sich die Anzahl der Beschäftigten gegenüber 2004 mehr als verdoppelt. Im Vergleich zu 2012 ging die Beschäftigung jedoch deutlich zurück. Diese negative Entwicklung ist fast ausschließlich auf die Solarwirtschaft zurückzuführen, wo die Beschäftigung innerhalb von zwei Jahren um fast 65.000 Personen sank. Verantwortlich dafür war vor allem der starke Rückgang im wichtigsten Teilbereich der Solarwirtschaft, der Photovoltaik. Eine gegenteilige Entwicklung ist in der Windenergiebranche zu beobachten. Dort entstanden innerhalb von zwei Jahren rund 27.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die anderen Bereiche der erneuerbaren Energien (Biomasse, Wasserkraft, Geothermie) weisen im Vergleich dazu nur sehr geringe Veränderungen auf (siehe Abb. „Beschäftigungswirkungen erneuerbarer Energien“).



© 2015 Wiley-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA, Weinheim

Quelle: Umweltbundesamt

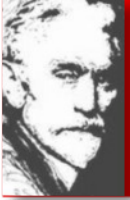
Umweltwirtschaft und grüne Zukunftsmärkte

Umweltschutz ist nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Deutschland. Deutsche Umweltschutzgüter sind in allen Weltregionen und über alle Umweltschutzbereiche hinweg gefragt. Die Weltmärkte für Umwelt- und Effizienztechnologien weisen ein sehr hohes Wachstum auf und für die Unternehmen werden Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz zu einem immer wichtiger werdenden Wettbewerbsfaktor. Die Umweltwirtschaft ist eine Querschnittsbranche, die alle Unternehmen erfasst, die Umweltschutzgüter und -dienstleistungen anbieten. Deutsche Unternehmen produzierten im Jahr 2015 Güter im Wert von über 83 Milliarden Euro, die für Umweltschutzzwecke eingesetzt werden können. Das entspricht 6 Prozent der gesamten Industrieproduktion (siehe Tab. „Produktion von potenziellen Umweltschutzgütern in Deutschland nach Umweltbereichen“).

Produktion von potenziellen Umweltschutzgütern in Deutschland nach Umweltbereichen												
Umweltbereich	Produktion in Milliarden Euro						Veränderung in Prozent					
	2007	2010	2011	2012	2013	2015	2007/2015	2011/2015	2012/2015	2013/2015	2014/2015	
Abfall	7,9	8,3	7,5	7,2	7,0	23,3	30,2	3,0	5,7	8,6	5,7	8,3
Atmosphäre	14,0	16,6	14,3	16,7	16,8	15,1	15,7	19,6	18,4	24	7,1	13,1
Wasser	3,6	4,1	5,3	5,5	5,4	5,2	5,1	17,6	2,5	-1,8	-1,6	-1,4
Land	5,2	6,0	2,6	2,4	2,1	4,5	9,1	15,3	6,1	-3,1	-15,5	9,6
Wasser, -Stromenergie und Regelungsleistung (WSE)	5,2	6,0	6,7	6,9	7,0	7,0	7,5	29,5	2,1	2,2	3,1	3,0
Grundstoffe	39,2	34,3	37,5	35,1	35,3	33,2	33,7	24,1	6,3	5,1	6,1	5,4
Umwelt aus volkswirtschaftlicher Sicht												
Körner aus volkswirtschaftlicher Sicht	14,7	16,1	17,9	16,7	18,1	16,6	12,8	17,7	3,4	5,0	-0,5	-1,4
Körner aus volkswirtschaftlicher Sicht	5,4	5,7	5,7	5,8	5,6	5,1	5,7	6,7	0,0	-0,2	-0,1	-0,4
Körner aus volkswirtschaftlicher Sicht	13,1	15,2	16,0	16,0	12,5	12,3	13,0	28,5	-16,6	-0,0	-2,7	2,0
Körner aus volkswirtschaftlicher Sicht	13,1	15,2	16,0	16,0	12,5	12,3	13,0	28,5	-16,6	-0,0	-2,7	2,0
Umweltverträglichkeitskriterien	67,7	76,2	84,8	83,7	81,6	87,8	83,4	29,2	3,9	-2,8	3,1	3,3
nach folgender Unterteilung:	1.065	1.231	1.366	1.370	1.370	1.368	1.352	28,2	6,3	0,1	6,2	1,0

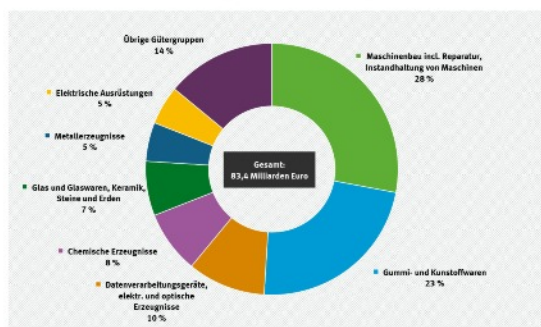
Quelle: Umweltbundesamt

Güter, die dem Klimaschutz dienen können, stellen mit 40 Prozent des Produktionsvolumens erneut den mit Abstand größten Umweltbereich. Hierzu gehören beispielsweise Windenergie- und Solaranlagen. Potenzielle Umweltschutzgüter können Umweltschutzzwecken dienen, aber auch andere Funktionen erfüllen. Dazu gehören Güter wie Luft- oder Abwasserfilter oder Rotorblätter für Windkraftanlagen, die ausschließlich für Umweltschutzzwecke eingesetzt werden. Es werden auch Güter einbezogen, die sowohl im Umweltschutz, aber auch zu anderen Zwecken eingesetzt werden können, wie beispielsweise Pumpen, Leitungen oder Mess-, Steuer- und Regelgeräte. Das Konzept der potenziellen Umwelt- und Klimaschutzgüter haben Wirtschaftsforschungsinstitute in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt entwickelt. Zwischen 2011 und 2013 ging die Produktion von potentiellen Umwelt- und Klimaschutzgütern leicht zurück: von 85 Mrd. Euro im Jahr 2011 auf 82 Mrd. Euro in 2013. Dies ist vor allem auf den massiven Einbruch in der Solarindustrie zurückzuführen. Seit 2013 ist wieder ein Anstieg der Umweltschutzgüterproduktion zu verzeichnen. Es kam zu einer leichten Erholung im Solarbereich und



und einer Steigerung der Produktion bei der Windkraft. Wachstum verzeichneten darüber hinaus die Bereiche Luftreinhaltung sowie Mess-, Steuer- und Regelungstechnik (MSR-Technik). Dadurch kam es insgesamt in zwei Jahren in Folge zu einem Wachstum der Produktion von potenziellen Umweltschutzgütern von jeweils 1,1 %. In den traditionellen Bereichen Abfall, Abwasser und Lärm stagnierte hingegen die Herstellung von 2013 bis 2015. Ein Blick auf die sektorale Aufteilung zeigt, dass die Hälfte aller Umweltschutzgüter in nur zwei Wirtschaftszweigen produziert wurde: dem Maschinenbau und dem Sektor Gummi- und Kunststoffwaren (siehe Abb. „Produktion von potenziellen Umweltschutzgütern nach Wirtschaftszweigen, 2015“). Beide Wirtschaftszweige sind für mehrere Umweltbereiche von Bedeutung. So machen Maschinenbauerzeugnisse fast 90 % der Produktion von Gütern zur rationellen Energieumwandlung aus, aber auch mehr als 40 % der Produktion von Gütern zur Luftreinhaltung und fast 30 % der Produktion sowohl von Gütern zur Abwasserbehandlung als auch aus dem Bereich der erneuerbaren Energien. Gummi- und Kunststoffwaren sind besonders im Abfallbereich (Behälter, Rohre und andere Bauteile) und bei der Lärminderung (Schalldämmung) im Einsatz. Daneben werden sie gebraucht, um Energie zu sparen (rationelle Energieverwendung).

Produktion von potenziellen Umweltschutzgütern nach Wirtschaftszweigen, 2015



Quelle: Umweltbundesamt

Umweltwirtschaft im internationalen Wettbewerb

Weltweit stiegen die Exporte potenzieller Umweltschutzgüter von 2002 bis 2015 um durchschnittlich 8,4 % pro Jahr, und damit deutlich stärker als das Welthandelsvolumen der Industriewaren insgesamt (6,9 %). Diese starke Dynamik ist vor allem der Entwicklung in den Jahren 2002 bis 2008 zu verdanken. In diesem Zeitraum erreichte das Exportwachstum im Bereich der Umweltschutzgüter 18 % pro Jahr.

Im Jahr 2015 hat die deutsche Wirtschaft Umweltschutzgüter im Wert von 53,6 Mrd. Euro exportiert. Das entspricht einem Welthandelsanteil von 13,5 %. Nachdem es lange größter Exporteur von Um-

weltschutzgütern war, liegt Deutschland damit nun an zweiter Position hinter China (siehe Abb. „Welthandelsanteile der größten Anbieter von potenziellen Umweltschutzgütern“). Chinas Anteil am internationalen Handel mit potenziellen Umweltschutzgütern hat sich seit 2002 mehr als verdreifacht. Auch andere aufholende Volkswirtschaften gewinnen als Anbieter an Bedeutung.

„Grüne Zukunftsmärkte“ als Wirtschaftsfaktor

Umweltschutz hat nicht nur durch die Produktion von Umweltschutzgütern Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Er entwickelt sich zunehmend auch zu einem Kernthema in den „klassischen“ Wirtschaftszweigen wie beispielsweise dem Automobil- oder Maschinenbau. Der Einsatz von Umwelt- und Effizienztechnologien gewinnt an Bedeutung und entscheidet wesentlich über die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Für diese „grünen Zukunftsmärkte“ wird ein durchschnittliches jährliches Wachstum des globalen Marktvolumens bis 2025 von 6,5 Prozent (%) vorausgesagt (BMUB, GreenTech-Atlas 4.0).

Grüne Zukunftsmärkte haben eine Schlüsselrolle für die Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschheit und die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse. Zudem sind sie wirtschaftlich besonders bedeutsam. Sechs grüne Zukunftsmärkte sind:

- ☐ Umweltfreundliche Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Energie
- ☐ Energieeffizienz
- ☐ Rohstoff- und Materialeffizienz
- ☐ Nachhaltige Mobilität
- ☐ Nachhaltige Wasserwirtschaft
- ☐ Abfall- und Kreislaufwirtschaft

Diese grünen Zukunftsmärkte sind weit über den Nischenstatus hinaus gewachsen. Sowohl in Deutschland als auch weltweit hat das Marktvolumen der grünen Zukunftsmärkte zugenommen. Die vorliegenden Prognosen des Umwelttechnologie-Atlas „GreenTech-Atlas 4.0“ gehen von einem weiteren Anstieg des Marktvolumens aus (siehe Abb. „Marktvolumen der grünen Zukunftsmärkte in Deutschland“). In Deutschland wurden im Jahr 2013 bereits etwa 13 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch Umwelt- und Effizienztechnologien erwirtschaftet. Der GreenTech-Atlas 4.0 prognostiziert einen Anteil von etwa 20 % des BIP bis 2025.

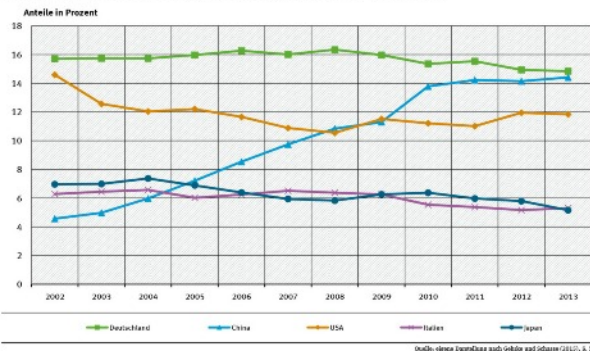
Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf den Grünen Zukunftsmärkten

Deutschland hat eine starke Marktposition auf den grünen Zukunftsmärkten. Auf allen sechs grünen Zukunftsmärkten wies Deutschland im Jahr 2013



Marktanteile von mehr als 10 Prozent (%) auf. Besonders hohe Anteile hatte Deutschland im Bereich „Umweltfreundliche Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Energie“, „Kreislaufwirtschaft“ und „Nachhaltige Mobilität“ mit jeweils 17 % (siehe Abb. „Weltmarktanteil deutscher Unternehmen an den grünen Zukunftsmärkten“).

Welthandelsanteile der größten Anbieter von potenziellen Umweltschutzgütern



Quelle: Umweltbundesamt

Umweltpolitik muss weiterhin Innovationsanreize setzen

Der Konkurrenzdruck auf den grünen Zukunftsmärkten steigt. Neben den etablierten Wettbewerbern wie den USA und Japan drängen auch Schwellenländer wie China auf die grünen Zukunftsmärkte, denn sie haben ebenfalls die wirtschaftlichen Chancen erkannt, die auf diesen Märkten bestehen. Weitere Anstrengungen im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie der Förderung der Marktdiffusion innovativer Umwelt- und Klimaschutztechniken sind daher dringend erforderlich, um die starke Wettbewerbsposition Deutschlands auf den grünen Zukunftsmärkten zu sichern. Wichtig ist es, Rahmenbedingungen in allen relevanten Politikbereichen zu schaffen, die systematisch Innovationsanreize setzen und so helfen, die gute Wettbewerbsposition Deutschlands langfristig zu sichern und auszubauen. Eine fortschrittliche Umweltpolitik ist dafür eine zentrale Voraussetzung.

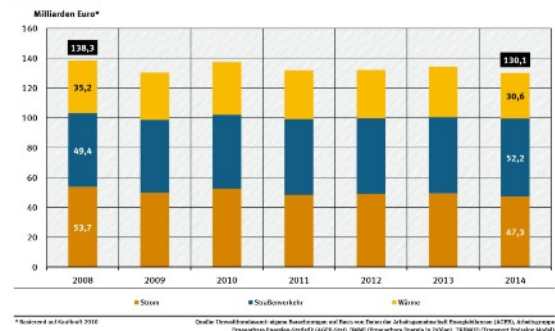
Gesellschaftliche Kosten von Umweltbelastungen

Quelle: Umweltbundesamt

Umweltbelastungen verursachen hohe Kosten für die Gesellschaft, etwa durch umweltbedingte Gesundheits- und Materialschäden, Ernteauffälle oder die Kosten des Klimawandels. So hat im Jahr 2014 die Nutzung der fossilen Energieträger bei der Stromerzeugung Umweltkosten von etwa 47 Milliarden Euro verursacht. Eine ambitionierte Umweltpolitik senkt diese Kosten. Umweltkosten sind ökonomisch höchst relevant. Das zeigt etwa der Ökonom Nicholas Stern in seinem *Review on the*

Economics of Climate Change im Jahr 2006. Er bezifferte in dem so genannten „Stern Report“ die allein durch den Klimawandel entstehenden Kosten auf jährlich bis zu 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Auch auf Deutschland bezogene Schätzungen zeigen die ökonomische Bedeutung der Umweltkosten. So hat im Jahr 2014 die Nutzung der fossilen Energieträger bei der Stromerzeugung Umweltkosten von etwa 47 Milliarden Euro verursacht (siehe Abb. „Umweltkosten durch Treibhausgase und Luftschadstoffe für Strom- und Wärmeerzeugung sowie Straßenverkehr“).

Umweltkosten durch Treibhausgase und Luftschadstoffe für Strom- und Wärmeerzeugung sowie Straßenverkehr



Quelle: Umweltbundesamt

Die Umweltkosten der Strom- und Wärmeerzeugung sowie des Straßenverkehrs insgesamt sanken von 138,3 Milliarden (Mrd.) Euro im Jahr 2008 auf 130,1 Mrd. Euro in 2014. Das entspricht einem geringen Rückgang von 6 Prozent (%). Die Umweltkosten des Verkehrs sind in diesem Zeitraum jedoch angestiegen (+6 %). Die Zunahme des Straßenverkehrs und der Trend zu PS-stärkeren Kraftfahrzeugen sind verantwortlich für diesen Trend. Bei Wärme und Strom sanken dagegen die Umweltkosten um 12 bzw. 13 %. Hier macht sich der vermehrte Einsatz erneuerbarer Energien bemerkbar. Deren Nutzung verursacht deutlich weniger Umweltschäden durch Luftschadstoffe und Treibhausgase als die Nutzung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl oder Erdgas. Umweltkosten sollten grundsätzlich internalisiert – also den Verursachern angelastet – werden. Da dies bisher nur unzureichend geschieht, gibt es keine hinreichenden wirtschaftlichen Anreize die Umweltbelastung zu senken. Preise ohne vollständige Internalisierung der Umweltkosten sagen nicht die ökologische Wahrheit. Dies verzerrt den Wettbewerb und hemmt die Entwicklung und Marktdiffusion umweltfreundlicher Techniken und Produkte. Die Umweltkosten müssen vor allem in sehr umweltintensiven Bereichen wie dem Energie- und Verkehrssektor stärker als bisher in Rechnung gestellt werden. Dies würde den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern, die Energieeffizienz erhöhen und wesentlich zu einer nachhaltigen Mobilität beitragen.



Klimakosten von Treibhausgas-Emissionen

Emissionen von Kohlendioxid (CO_2) sind der Hauptverursacher des Klimawandels. Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt, 80 Euro₂₀₁₀ pro Tonne Kohlendioxid (t CO_2) als zentralen Kostensatz für die Klimakosten von Treibhausgas-Emissionen zu verwenden (wobei Euro₂₀₁₀ die Kaufkraft des Euro im Jahr 2010 bezeichnet). Die Auswirkungen anderer Treibhausgas-Emissionen können mit Hilfe des Treibhausgaspotenzials analog umgerechnet werden: Für Lachgas (N_2O) gilt also der 298fache Satz der CO_2 -Kosten und für Methan (CH_4) der 25fache Satz. Die Höhe der Kostensätze bezieht sich auf heute freigesetzte Emissionen. Da sich jedoch sowohl die Schäden, die durch die Emissionen entstehen, als auch die Kosten der Maßnahmen, um verursachte Schäden zu verringern, im Zeitablauf steigen werden, ist es empfehlenswert, bei den Kostensätzen zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Sätzen zu unterscheiden: Die Klimakosten einer Tonne CO_2 Emissionen werden in 2050 inflationsbereinigt etwa 3,2 mal so hoch sein wie im Jahr 2010.

Umweltkosten der Strom- und Wärmeerzeugung

Bei der Strom- und Wärmeerzeugung entstehen vor allem durch die Emission von Luftschadstoffen und Treibhausgasen hohe Umweltkosten. Sie unterscheiden sich in Abhängigkeit von dem eingesetzten Energieträger deutlich. Stromerzeugung mit Braunkohle verursachen mit 10,75 Eurocent₂₀₁₀ pro erzeugter Kilowattstunde elektrischen Stroms (kWh_{el}) die höchsten Umweltkosten, gefolgt von den fossilen Energieträgern Steinkohle und Öl. Bereits deutlich niedriger liegen die Umweltkosten der Stromerzeugung aus Erdgas. Am umweltfreundlichsten ist die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Gewichtet man die erneuerbaren Energien nach ihren Anteilen an der Stromerzeugung so lagen die Umweltkosten der erneuerbaren Energien im Jahr 2010 - gemessen an ihrem Anteil an der Stromerzeugung im Jahr 2010 - im Durchschnitt bei etwa 1,8 Eurocent pro kWh_{el} . Die Umweltkosten der fossilen Energieträger lagen dagegen um 7 bis 9 Eurocent pro kWh_{el} darüber. Auch bei der Wärmeerzeugung ist der eingesetzte Energieträger ein maßgeblicher Faktor für die Höhe der entstehenden Umweltkosten. Heizen mit Kohle und Strom verursacht mit Abstand die höchsten Umweltkosten. Schon mit deutlichem Abstand folgen die Fernwärmeversorgung und das Heizen mit Erdgas und Heizöl. Die Umweltkosten der erneuerbaren Energien zur Wärmeerzeugung liegen noch deutlich darunter. Dies zeigt, dass der Ausbau erneuerbarer Energien auf dem Wärmemarkt die entstehenden Umweltkosten deutlich verringert.

Umweltkosten des Verkehrs

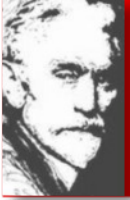
Verkehr verursacht neben Emissionen von Luftschadstoffen und Treibhausgasen auch Lärmbelastung und negative Effekte auf Natur und Landschaft beispielsweise durch die Zerschneidung der Landschaft. Um die Kostensätze für den Straßenverkehr in Deutschland zu bestimmen, werden zunächst die Emissionen aus dem Betrieb der verschiedenen Fahrzeugtypen ermittelt. Sie entstehen bei der Verbrennung der Kraftstoffe sowie durch Reifenabrieb und Staubaufwirbelungen. Im Anschluss daran werden die Emissionen aus den anderen Phasen des Lebenszyklus geschätzt (zum Beispiel Bau, Wartung, Entsorgung sowie die Bereitstellung der Kraftstoffe). Die Unterschiede zwischen den ermittelten Umweltkosten der einzelnen Verkehrsträger sind beträchtlich. Emissionsbedingte Umwelt- und Gesundheitsschäden sind in Städten höher als in ländlichen Gebieten. Das zeigt der Vergleich der verkehrsbezogenen Kostensätze in Stadt und Land. Um diese Kostensätze – also die Kosten pro Personen- oder pro Tonnenkilometer – zu bestimmen, müssen die jeweiligen Emissionen pro Fahrzeugtyp und die Anteile von Fahrleistungen in städtischen und ländlichen Gebieten bekannt sein. Die Unterschiede zwischen den Fahrzeugtypen sind zum Teil beträchtlich: So sind zum Beispiel Linienbusse zu rund 72 Prozent (%) in der Stadt unterwegs, Züge hingegen nur zu 20 %. Die Kostenschätzungen zeigen, dass eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße wesentlich dazu beitragen kann, Umweltkosten zu vermeiden: Während ein schwerer LKW im Schnitt Umweltkosten von ca. 2,4 Eurocent pro Tonnenkilometer (tkm) erzeugt, sind es bei einem elektrisch betriebenen Güterzug nur 0,3 Eurocent pro tkm. Die Kostenschätzungen verdeutlichen auch die Vorteile eines Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs: PKW mit einem Benzin-Motor verursachen Umweltkosten von 3,1 Eurocent pro Personenkilometer (Pkm), Busse nur 2,2 Eurocent pro Pkm und elektrisch betriebene Züge nur 0,8 Eurocent pro Pkm.

Umweltkosten für verschiedene Fahrzeugtypen

Fahrzeugtyp	Umweltkosten gesamt		
	Eurocent ₂₀₁₀ pro Personenkilometer (Pkm) bzw. Tonnenkilometer (tkm)		
PKW	Diesel	4,0	Eurocent ₂₀₁₀ /Pkm
	Benzin	3,1	Eurocent ₂₀₁₀ /Pkm
LKW	LNf (Diesel)	16,2	Eurocent ₂₀₁₀ /tkm
	LNf (Benzin)	12,1	Eurocent ₂₀₁₀ /tkm
	SNf (Diesel)	2,4	Eurocent ₂₀₁₀ /tkm
Bus	Diesel	2,2	Eurocent ₂₀₁₀ /Pkm
Krafträder	Benzin, 4 Takt	3,2	Eurocent ₂₀₁₀ /Pkm
	Benzin, 2 Takt	3,3	Eurocent ₂₀₁₀ /Pkm
Personenzug	Diesel	8,1	Eurocent ₂₀₁₀ /Pkm
	Elektrisch	0,8	Eurocent ₂₀₁₀ /Pkm
Güterzug	Diesel	3,2	Eurocent ₂₀₁₀ /tkm
	Elektrisch	0,3	Eurocent ₂₀₁₀ /tkm

Quelle: Umweltbundesamt 2013, Sachverständigenrat für Umweltfragen, Umwelt und Wirtschaft (Anhang D: Die Verkehrsleistungen 2011, Stand 2010)

Quelle: Umweltbundesamt



Aus unserem Stadtteil

28. Bramfelder Stadtteilstfest

03.06.2018

10:00 – 16:00 Uhr | Marktplatz Herthastraße

Auch in diesem Jahr wollen wir mit einem eigenen SPD Stand das 28. Stadtteilstfest feiern: Am Sonntag, dem 3. Juni 2018, werden wir gemeinsam mit anderen Bramfelder Institutionen auf dem Stadtteilstfest auf dem Marktplatz Herthastraße präsent sein. Das Bramfelder Stadtteilstfest zeichnet sich durch eine bunte Mischung aus Infoständen, kleinen Leckereien, Aktionen, Mitmachangeboten und Bühnenauftritten aus. Die beiden Bramfelder SPD Distrikte werden wieder mit einem Stand auf dem Marktplatz vertreten sein. Für unsere Standbesetzung benötigen wir noch dringend tatkräftige Unterstützung. Bitte meldet euch bei Andreas Ernst, wenn ihr uns tatkräftig unterstützen wollt.



Quelle: spd-bramfeld.de

Aus der Stadt

Senat lehnt Mietmoratorium bei Saga ab

Auf die Forderung eines Mietmoratoriums für Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Saga hat Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt ablehnend reagiert. Betroffen wären mehr als 130.000 Saga-Wohnungen in Hamburg. Das Mietenkonzept der Saga sichert Durchschnittsmieten, die im Jahr 2017 um 27 Prozent unterhalb der Durchschnittsmieten des Mietenspiegels lagen. Daher garantiert die Saga mit den kostengünstigen Mieten in ihrem Wohnungsbestand bereits für ganz Hamburg bezahlbaren Wohnraum und stabilisiert den Wohnungsmarkt. Ein staatlich verordnetes Mietmoratorium würde aus Sicht der Senatorin und der SPD den Mietenspiegel in Hamburg gefährden. Das ist nicht im Interesse der

Hamburger Mieterinnen und Mieter. Die durchschnittliche Nettokaltmiete im Saga-Bestand (inkl. gebundene Wohnungen) lag 2017 bei monatlich rund 6,44 Euro je Quadratmeter Wohnfläche. Ende April hatte Senatorin Stapelfeldt angekündigt, die Einkommensgrenzen für den Bezug von Sozialwohnungen deutlich anzuheben, um rund elf Prozent. Damit haben in Zukunft rund 70.000 Haushalte mehr einen Anspruch auf einen Paragraph-5-Schein und damit auf eine Sozialwohnung. Das reicht Linke-Politikerin Sudmann nicht: "Nun muss der Senat aber auch konsequent den Anteil der Sozialwohnungen im Neubau auf 50 statt 30 Prozent erhöhen."

SAGA GWG
Mehr Hamburg

Quelle: saga-hamburg

Aus dem Bund

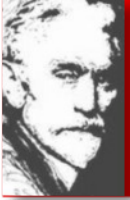
Brückenteilzeit - Jetzt passt der Job zum Leben

Egal, ob in der Familie oder bei der Arbeit, wir alle kennen in unserem Umfeld Frauen und Männer, die für eine bestimmte Zeit ihre Arbeitszeit verkürzen. Kinder, Angehörige, Weiterbildung oder einfach mal kürzer treten: Es gibt viele Gründe, warum man vorübergehend von Vollzeit auf Teilzeit wechseln möchte. Doch oft stellt sich der Weg in die Teilzeit als Einbahnstraße heraus. Mit ernsten Folgen für die Haushaltskasse – und meist leider auch für den beruflichen Aufstieg. Das ändern wir jetzt. Mit der Brückenteilzeit. Wir bauen eine Brücke zu den eigenen Lebensplänen und Lebenslagen. Eine Brücke, die auch wieder zurückführt zur alten Arbeitszeit, wenn die Kinder zum Beispiel aus dem Gröbsten raus sind. Gibt es bestimmte Voraussetzungen für die Brückenteilzeit? Oder können das alle machen?

**VOLLZEIT?
TEILZEIT?
DEINE
ENTSCHEIDUNG!**

SPD

#MeineEntscheidung



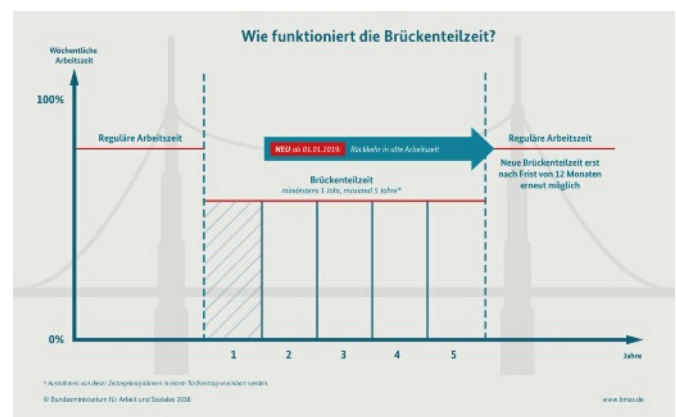
Was ändert sich?

Bislang gibt es gesetzlich nur einen Rechtsanspruch auf Verkürzung der Arbeitszeit. Man hat also ein Recht auf unbegrenzte Teilzeitarbeit. Oft ist der Weg zurück aber versperrt. Wer einmal seine Arbeitszeit verringert hat, bleibt meist dabei – viele unfreiwillig. Über ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten – meist sind es Frauen – wollen mehr arbeiten, aber ihr Arbeitgeber verhindert es. Das ändern wir mit der Brückenteilzeit. Künftig gibt es auch einen Rechtsanspruch auf zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit. Wir bauen eine für Beschäftigte und Arbeitgeber verlässliche Brücke. Für eine bestimmte Zeit kann man Teilzeit arbeiten; es gibt aber auch einen verlässlichen Weg zurück zur vorherigen Arbeitszeit. Wer kann die neue Brückenteilzeit nutzen?

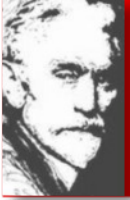
Das können grundsätzlich alle Beschäftigten. Voraussetzung für die neue Brückenteilzeit ist:

- Der Arbeitgeber hat mehr als 45 Beschäftigte.
- Das Arbeitsverhältnis besteht länger als sechs Monate.
- Die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer stellt im Betrieb einen Antrag, die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit (Vollzeit- oder bisherige Teilzeitarbeit) für einen bestimmten Zeitraum zu verringern. Dieser Zeitraum kann zwischen einem und fünf Jahren dauern. Das soll für alle Teilzeit-Vereinbarungen gelten, die ab dem 1. Januar 2019 abgeschlossen werden.
- Es müssen keine bestimmten Gründe (z.B. Kindererziehung, Pflege etc.) vorliegen.
- Der Antrag muss mindestens drei Monate vor Beginn der gewünschten Verringerung in Textform gestellt werden.
- Es stehen keine betrieblichen Gründe entgegen, welche die Organisation, den Arbeitsablauf oder die Sicherheit im Betrieb wesentlich beeinträchtigen.
- Bei Betrieben zwischen 46 und 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird der Anspruch auf Brückenteilzeit einem pro 15 Beschäftigten gewährt.
- In größeren Unternehmen können das alle Beschäftigten in Anspruch nehmen.

Ich arbeite in einem Betrieb mit 60 Beschäftigten. Muss der Arbeitgeber meinem Wunsch nach befristeter Teilzeitarbeit nachkommen? Es müssen die oben genannten Voraussetzungen gegeben sein. Der Arbeitgeber kann dem Wunsch ansonsten nur widersprechen, wenn dem betriebliche Gründe entgegenstehen. Eine zusätzliche Ausnahme sieht der Gesetzentwurf in kleineren Betrieben bis zu 200 Beschäftigten vor. In diesen Betrieben muss mindestens einem pro angefangenen 15 Beschäftigten der Anspruch gewährt werden. In einem Betrieb mit 60 Beschäftigten kann der Arbeitgeber den Wunsch nur ohne triftigen Grund ablehnen, wenn mehr als fünf Beschäftigte befristet die Arbeitszeit verringern wollen. Damit haben auch Arbeitgeber in kleineren Betrieben die nötige Planungssicherheit. In größeren Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten gilt diese Ausnahme nicht mehr. Habe ich auch das Recht, mehr zu arbeiten als bisher? Ausgangspunkt für den Rechtsanspruch ist immer die bisherige Arbeitszeit. Sie kann für eine gewisse Zeit verringert werden – um anschließend wieder auf die alte Stundenzahl zurückzukehren. Wer jetzt schon in Teilzeit arbeitet, hat also nicht das garantierte Recht, beispielsweise auf eine Vollzeitstelle zu wechseln. Allerdings wird diesen Beschäftigten die Verlängerung ihrer Arbeitszeit erleichtert. Bereits heute sind sie bei der Besetzung freier Arbeitsplätze und gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen. Künftig soll der Arbeitgeber auch die Beweislast tragen, dass kein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden ist. Wie viele Beschäftigte könnten profitieren? Rund 22 Millionen Menschen arbeiten laut Bundesarbeitsministerium in Unternehmen mit mehr als 45 Beschäftigten. Ab wann kann ich die Brückenteilzeit in Anspruch nehmen? Unser Ziel: Beschäftigte sollen vom 1. Januar 2019 das Recht auf befristete Teilzeit bekommen – unter den oben genannten Voraussetzungen.



Quelle: bmas.de



Was wird noch geregelt? Strikter geregelt werden soll im Rahmen des neuen Gesetzes auch die so genannte Arbeit auf Abruf. Diese fällt beispielsweise in der Gastronomie oder im Einzelhandel oft an. Ist mit dem Arbeitgeber keine bestimmte Wochenarbeitszeit vereinbart, sollen künftig 20 statt bislang zehn Stunden als vereinbart gelten. Um ein Mindestmaß an Entlohnung zu sichern, aber auch vor Überforderung zu schützen, soll die vereinbarte Arbeitszeit 20 Prozent nicht unter- und 25 Prozent nicht überschreiten. Wer zum Beispiel zehn Stunden vertraglich arbeiten soll, muss also mindestens acht Stunden beschäftigt werden und darf nicht länger als 12,5 Stunden tätig sein.



Weitere Informationen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales;

<http://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2018/brueckenteilzeit.html>

Bundespartei

Die SPD wächst!

Im vergangenen Jahr konnte die SPD ihre Mitgliederzahl um über 10.000 steigern. 432.706 Mitgliedern waren es zum Start 2017, am Jahresende zählte die Partei 443.152 Mitglieder. Und der Trend hält auch im laufenden Jahr an: Abzüglich der Sterbefälle und Parteiaustritte verzeichnet die SPD zum 31. März 2018 fast 15.000 zusätzliche Mitglieder – insgesamt stieg die Zahl im ersten Quartal auf 457.770. Mehr Mitglieder hat keine Partei in Deutschland.



Quelle: spd-berlin.de

Aus dem Bund

Mehr bezahlbare Wohnungen

Jeder Mensch hat bei uns Anspruch auf eine bezahlbare Wohnung. Egal ob jung oder alt, Familie oder Single, in der Stadt oder auf dem Land. Darum sorgen wir für faire Mieten – zum Beispiel mit mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau.

- Schutz vor Mietwucher: Wir stellen die Mietpreisbremse schärfer. Künftig müssen Vermieter offenlegen, wie hoch die Vormiete war.
- Modernisierung ohne Verdrängung: Hohe Mietsteigerungen durch Modernisierungen wird es nicht mehr geben.
- Mehr sozialer Wohnungsbau: Dafür nehmen wir zwei Milliarden Euro zusätzlich in die Hand.
- Die eigenen vier Wände: Mit dem Baukindergeld unterstützen wir junge Familien. Zusätzlich fördern wir den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen durch steuerliche Anreize.

Mehr Investitionen und klare Regeln!

Politische Bildung

Liebe Genossinnen und Genossen,

gern machen wir Euch wieder einmal auf unsere Angebote zur politischen Bildung "Aus Wissen Politik machen" hin - z.B. auf den Workshop "Zielgerichtet argumentieren" (Was will ich erreichen und wie sage ich es dem Gegenüber?) am 2. Juni 2018 oder den Abendworkshop "Aktiv werden in der Bezirkspolitik?!" am 21. Juni 2018. Mehr Infos zu den einzelnen Veranstaltungen findet Ihr hier <https://politische-bildung.spd-hamburg.de/termine/> - bei den Beschreibungen findet Ihr auch jeweils einen Link um Euch anzumelden. Wir freuen uns, wenn wir Euer Interesse wecken und Euch bei der einen oder anderen Veranstaltung sehen!



Quelle: spd-hamburg.de